

Das Jahr 1937 und die Gegenwart

Thesen von MEMORIAL

1937 ist zum Symbol für das System der Massenmorde und Repressionen geworden, die der sowjetische Staat organisierte und an der eigenen Bevölkerung ausführte. Siebzig Jahre danach ist der verhängnisvolle Einfluß der Katastrophe immer noch spürbar. Sie ist ins individuelle und kollektive Unterbewußtsein der Menschen eingegangen, prägt staatliche Praktiken sowie Haltungen in der Bevölkerung. Um dieses Erbe zu überwinden, sind eine rechtliche Bewertung des Großen Terrors und eine umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit erforderlich. Nur dadurch ist eine Konsolidierung von Gesellschaft und Staat möglich.

Vor siebzig Jahren kam es auf Beschluß der höchsten Parteiorgane in der UdSSR zu einer der üblichen blutigen „Säuberungen“, die fast zwei Jahre andauerte. In der historischen Publizistik wird diese Verfolgungskampagne häufig als *Großer Terror* bezeichnet; im Volk nennt man sie dagegen einfach *Siebenunddreißig*.

Die kommunistische Diktatur ging immer – sowohl vor als auch nach 1937 – mit politischen Verfolgungen einher. Gerade das Jahr 1937 wurde in der Erinnerung der Menschen indes zu einem unheilvollen Symbol für das System der Massenmorde, die der Staat organisierte und ausführte. Das liegt offensichtlich daran, daß der *Große Terror* einige hervorstechende Charakterzüge aufweist, die seine besondere Stellung in der Geschichte und den überragenden Einfluß vorbestimmen, den er auf das Schicksal unseres Landes ausgeübt hat und immer noch ausübt.

Siebenunddreißig

- das ist das gigantische Ausmaß an Repressionen, die alle Regionen und ausnahmslos alle Schichten der Gesellschaft erfaßten, von der obersten Führung des Landes bis hin zu Bauern und Arbeitern, die weit weg waren von aller Politik. In den Jahren 1937/38 wurden über 1,7 Millionen Menschen aufgrund politischer Anklagen verhaftet. Mit den Opfern von Deportationen und den als „sozial schädlichen Elementen“ Verurteilten liegt ihre Zahl bei über zwei Millionen;
- das ist die unglaubliche Grausamkeit der Urteile: Mehr als 700 000 Verhaftete wurden hingerichtet;
- das ist die beispiellose Planmäßigkeit der terroristischen „Spezialoperationen“. Die gesamte Kampagne wurde von der höchsten politischen Führung der UdSSR sorgfältig im voraus geplant und stand unter ihrer ständigen Kontrolle. In Geheimbefehlen des NKVD wurden die Fristen zur Durchführung der einzelnen Operationen, die Gruppen und Kategorien der Bevölkerung, die für die „Säuberung“ vorgesehen waren, und ebenso die „Limits“ festgelegt – die Planziffern für Verhaftungen und Erschießungen in jeder Region.

Jegliche Änderung, jegliche „Initiative von unten“ mußte mit Moskau abgestimmt und von dort abgesegnet werden.

Aber für den Großteil der Bevölkerung, der den Inhalt dieser Befehle nicht kannte, war die Logik der Verhaftungen rätselhaft und unerklärlich. Sie war nicht mit dem gesunden Menschenverstand zu erfassen. In den Augen der Zeitgenossen erschien der *Große Terror* wie eine gigantische Lotterie. Die fast mystische Unfaßbarkeit des Geschehens löste besonderen Schrecken aus und bewirkte bei Millionen von Menschen ein Gefühl der Unsicherheit in bezug auf ihr eigenes Schicksal.

Die groß angelegten Verfolgungen betrafen insbesondere die Repräsentanten der neuen sowjetischen Eliten – der politischen, militärischen und wirtschaftlichen. Die Abrechnung mit Personen, deren Namen dem ganzen Land bekannt waren – gerade von ihnen berichteten die Zeitungen in erster Linie – und an deren Loyalität zu zweifeln es keinerlei Anlaß gab, ließen die Panik und Massenpsychose nur noch ansteigen. Später entstand sogar der Mythos, der *Große Terror* habe sich ausschließlich gegen die alten Bol'sheviki und die Staats- und Parteispitzen gerichtet. In Wirklichkeit waren die meisten Verhafteten und Erschossenen einfache sowjetische Bürger, die parteilos waren und keinerlei Eliten angehörten.

Siebenunddreißig – das sind Fälschungen von Anklagen in einem in der Weltgeschichte bis dahin unbekanntem Ausmaß. Die Möglichkeit, verhaftet zu werden, leitete sich 1937/38 hauptsächlich von der Zugehörigkeit zu einer beliebigen Bevölkerungskategorie her, die in einem der „operativen Befehle“ des NKVD genannt war, oder aus Kontakten – dienstlichen, verwandtschaftlichen oder freundschaftlichen – mit Personen, die bereits verhaftet waren. Die individuelle „Schuld“ zu formulieren, war Sache der Untersuchungsrichter. Deshalb wurden gegen Tausende und Abertausende Verhafteter phantastische Anklagen wegen „konterrevolutionärer Verschwörung“, „Spionage“, „Vorbereitung von Terrorakten“, „Diversionen“ usw. erhoben.

Siebenunddreißig – das ist die Renaissance der Normen des mittelalterlichen Inquisitionsprozesses im 20. Jahrhundert mit all seinen traditionellen Attributen: mit Fernurteilen (in den weitaus meisten Fällen), mit Scheingerichtsverfahren, dem Fehlen der Verteidigung, der faktischen Vereinigung der Rollen von Untersuchungsrichter, Ankläger, Richter und Henker in einer einzigen Behörde. Wie zu Zeiten der Inquisition diente das rituelle „Schuldbekennnis“ des Häftlings als Hauptbeweismittel. Das Bestreben, ein Geständnis zu erhalten, führte in Verbindung mit der Willkür und Phantastik der Anklagen zu massenhafter Anwendung der Folter; im Sommer 1937 wurde die Folter offiziell sanktioniert und als Untersuchungsmethode empfohlen.

Siebenunddreißig – das sind die außerordentlichen und nicht öffentlichen Gerichtsverfahren. Das ist das Geheimnis, von dem die Ausübung der „Rechtssprechung“ umwoben war, die undurchdringliche Geheimhaltung der Erschießungsplätze und der Bestattungsorte der Hingerichteten. Das ist die systematische langjährige offizielle Lüge über das Schicksal der Erschossenen: zuerst über die legendären „Lager ohne das Recht auf Korrespondenz“, dann über den Tod, angeblich in Folge einer Krankheit, unter Angabe gefälschter Todesdaten und -orte.

Siebenunddreißig – das ist die Kollektivhaftung, die die Stalinsche Führung dem gesamten Volk auferlegen wollte. Landesweit fanden Versammlungen statt, auf denen die Menschen gezwungen wurden, der öffentlichen Lüge über die entlarvten und

unschädlich gemachten „Volksfeinde“ stürmischen Beifall zu zollen. Kinder wurden gezwungen, sich von ihren verhafteten Eltern loszusagen, und Frauen von ihren Männern.

Das sind Millionen zerschlagener Familien. Die verhängnisvolle Abkürzung ČSIR – Familienmitglied eines Vaterlandsverrätters (*Člen sem'i izmennika rodiny*) – war für 20 000 Witwen, deren Männer auf Beschluß des Militärkollegiums des Obersten Gerichts hingerichtet worden waren, gleichbedeutend mit der Verurteilung zur Haft in Speziallagern. Das waren Hunderttausende von „Siebenunddreißiger Waisen“ – Menschen mit einer gestohlenen Kindheit und zerbrochenen Jugend.

Das ist die endgültige Entwertung des menschlichen Lebens und der Freiheit. Das ist der Kult des „Tschechismus“, der Geheimpolizei, die Romantisierung der Gewalt, das vergöttlichte Idol des Staates. Das ist die Epoche, in der im Bewußtsein des Volkes alle Rechtsbegriffe vollständig hinweggefegt wurden.

Schließlich ist *Siebenunddreißig* eine geradezu phantastische Kombination bacchanalischen Terrors mit einem hemmungslosen Propagandafeldzug, der die sowjetische Demokratie als die weltweit vollkommenste und die sowjetische Verfassung als die weltweit demokratischste sowie die großen Errungenschaften und Heldentaten des sowjetischen Volkes in der Arbeit pries. Gerade 1937 bildete sich endgültig eine typische Eigenschaft der sowjetischen Gesellschaft heraus, nämlich das Doppeldenken, eine Folge der Spaltung der Realität, die dem gesellschaftlichen und individuellen Bewußtsein durch die Propaganda aufgezwungen wurde.

Auch jetzt, siebenzig Jahre später, ist der verhängnisvolle Einfluß der Katastrophe der Jahre 1937/38 sowie des ganzen Systems staatlicher Gewalt, deren Symbol und Quintessenz diese Jahre geworden sind, in den Stereotypen des öffentlichen Lebens und der Staatspolitik Rußlands und der anderen Länder, die auf den Ruinen der UdSSR entstanden sind, deutlich zu erkennen. Diese Katastrophe ist in das individuelle und kollektive Unterbewußtsein eingegangen. Sie hat die Psychologie der Menschen zerrüttet, sie hat verschleppte Krankheiten unserer Mentalität verschlimmert, die noch aus dem Rußländischen Reich stammen, und neue gefährliche Komplexe erzeugt.

Die Empfindung der Nichtigkeit des menschlichen Lebens und der Freiheit vor dem Götzen der Macht – das ist eine nicht bewältigte Folge des Großen Terrors.

Die Gewöhnung an die „gelenkte Rechtssprechung“ – Justizorgane, die ihre Tätigkeit nicht nach der Norm des Gesetzes richten, sondern nach den Befehlen der Obrigkeit – das ist eine Erbschaft des Großen Terrors.

Die Imitation des demokratischen Prozesses bei gleichzeitiger Beschneidung der elementaren demokratischen Institutionen und unverhohlener Mißachtung der menschlichen Rechte und Freiheiten, Verletzungen der Verfassung, die mit Beschwörungen der unverbrüchlichen Treue zur Verfassungsordnung einhergehen – das ist das Gesellschaftsmodell, das gerade während des *Großen Terrors* erstmals erfolgreich erprobt wurde.

Die reflexartige Ablehnung unabhängiger gesellschaftlicher Aktivitäten durch den heutigen bürokratischen Apparat, die nicht endenden Versuche, sie strenger staatlicher Kontrolle zu unterwerfen – das ist ebenfalls ein Ergebnis des Großen Terrors, als das bolschewistische Regime einen Schlußpunkt unter die langjährige Geschichte seines Kampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft setzte. 1937 waren alle kollektiven Formen des gesellschaftlichen Lebens in der UdSSR – des kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen usw., vom politischen zu schweigen – bereits liquidiert oder durch Imitationen und Nachbildungen ersetzt. Danach konnte man die Menschen einzeln vernichten und zugleich alle Vorstellungen von Unabhängigkeit, ziviler Verantwortung und menschlicher Solidarität aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein eliminieren. Die Wiederbelebung der alten Konzeption der „feindlichen Einkreisung“ in der aktuellen rußländischen Politik – der ideologischen Basis und propagandistischen Absicherung des *Großen Terrors*, Mißtrauen und Feindseligkeit gegenüber allem Ausländischen, die hysterische Suche nach „Feinden“ im Ausland und einer „Fünften Kolonne“ im Inland und andere Stalinsche ideologische Schablonen, die eine Wiedergeburt in neuem politischen Kontext erleben – dies alles zeugt von dem nicht überwundenen Erbe von 1937 in unserem politischen und gesellschaftlichen Leben.

Die Leichtigkeit, mit der in unserer Gesellschaft Nationalismus und Xenophobie entstehen und gedeihen, ist ohne Zweifel nicht zuletzt ein Relikt der „nationalen Spezialoperationen“ der Jahre 1937 und 1938 sowie der Deportationen ganzer Völker in den Kriegsjahren, die man des Verrats beschuldigte. Und es ist ebenso ein Relikt des „Kampfes gegen den Kosmopolitismus“, der „Ärzteaffäre“ und der damit einhergehenden Propagandakampagnen.

Der intellektuelle Konformismus, die Angst vor jeglichem „Anderssein“, die fehlende Gewöhnung an freies und unabhängiges Denken, die Nachgiebigkeit gegenüber der Lüge – das sind in vieler Hinsicht Resultate des *Großen Terrors*.

Hemmungsloser Zynismus ist die Kehrseite des Doppeldenkens, die Wolfsmoral des Lagers („Stirb du heute, ich erst morgen“), der Verlust traditioneller Familienwerte – auch diese unsere Probleme sind Folgen der Schule des *Großen Terrors* sowie des Gulag.

Die katastrophale Isoliertheit der Menschen, der Herdentrieb, der den Kollektivismus abgelöst hat, der schmerzliche Mangel an menschlicher Solidarität – dies alles sind Resultate der Verfolgungen, Deportationen, Zwangsumsiedlungen, es sind Resultate des *Großen Terrors*, dessen Ziel ja gerade darin bestand, die Gesellschaft in Atome aufzusplittern, das Volk in eine „Einwohnerschaft“ zu verwandeln, in einen Haufen, der sich leicht und einfach lenken läßt.

Natürlich wirkt sich das Erbe des *Großen Terrors* heute nicht in Massenverhaftungen aus und wird dies auch schwerlich tun – wir leben in einer ganz anderen Epoche. Aber dieses Erbe, dessen sich die Gesellschaft nicht bewußt wird und das sie somit auch nicht überwindet, kann leicht zu einer „Leiche im Keller“ werden, zum Fluch heutiger und künftiger Generationen, der mitunter in staatlichem Größenwahn, dann

wiederum in Anfällen von Spionomanie oder in Rückfällen in repressive Politik zum Ausbruch kommt.

Was ist im Sinne einer Klärung und Überwindung der verhängnisvollen Erfahrung von 1937 zu tun?

Die letzten anderthalb Jahrzehnte haben gezeigt, daß eine öffentliche Untersuchung des politischen Terrors der sowjetischen Periode und eine rechtliche Bewertung unabdingbar sind. Die terroristische Politik der damaligen Führer des Landes und vor allem des Generalideologen und obersten Organisators des Terrors, Iosif Stalin, und die konkreten, von ihm begangenen Verbrechen müssen eine eindeutige juristische Bewertung erhalten. Nur eine solche Bewertung kann als Ausgangspunkt, als Grundstein des rechtlichen und historischen Bewußtseins, als Fundament für die weitere Aufarbeitung der Vergangenheit dienen. Im gegenteiligen Fall wird das Verhältnis der Gesellschaft zu den Ereignissen der Epoche des Terrors zwangsläufig je nach den Änderungen in der politischen Konjunktur schwanken, und das Gespenst des Stalinismus wird periodisch wiederaufleben und Gestalt annehmen, sei es in Büsten des Diktators in den Straßen unserer Städte, sei es in Form von Rückfällen in Stalinsche politische Praktiken in unserem Leben.

Wahrscheinlich bedarf es eines speziellen Gerichtsorgans, um ein vollwertiges Gerichtsverfahren durchzuführen – Präzedenzfälle in der juristischen Praxis sind international und in anderen Ländern bekannt.

Leider ist bisher die entgegengesetzte Tendenz zu beobachten: 2005 hat die Staatsduma der Rußländischen Föderation aus der Präambel des Rehabilitierungsgesetzes von 1991 die einzige in der rußländischen Gesetzgebung vorhandene Formulierung gestrichen, in der von „moralischem Schaden“ die Rede ist, der den Opfern des Terrors zugefügt wurde. Dieser Schritt bedarf keiner sittlichen und politischen Bewertung – er spricht für sich. Die Worte über den moralischen Schaden müssen wieder in den Gesetzestext eingefügt werden. Das muß nicht nur im Namen des Andenkens an die Ermordeten geschehen, sondern auch um der Selbstachtung willen und um die Beleidigung zu tilgen, die einigen Zehntausenden sehr alten Menschen damit zugefügt wurde – den überlebenden Gulag-Häftlingen und Hunderttausenden Verwandten der Opfer des Terrors.

Die rechtliche Bewertung des Terrors ist ein wichtiger Schritt, der indes nicht ausreicht.

Es müssen günstige Bedingungen geschaffen werden, um die Erforschung der Geschichte des staatlichen Terrors in der UdSSR fortzusetzen und auszuweiten. Vor allem müssen alle derzeit geltenden künstlichen und unbegründeten Zugangsbeschränkungen zum Archivmaterial aufgehoben werden, das für die Erforschung politischer Verfolgung wichtig ist.

Der historiographische Forschungsstand über die Epoche des Terrors muß Allgemeingut werden: Es müssen endlich Geschichtslehrbücher für Schulen und Universitäten verfaßt werden, in denen die politischen Verfolgungen und insbesondere der *Große Terror* angemessen und ihrer historischen Bedeutung entsprechend behandelt werden. Die Geschichte des sowjetischen Terrors muß nicht nur ein obligatorischer, wichtiger Teil der Schulbildung, sondern auch Gegenstand ernsthafter Bemühungen im Bereich der außerschulischen Bildung im weitesten Sinne des Wortes werden. Unverzichtbar ist, daß die staatlichen Fernsehkanäle Aufklärungs- und Kultursendun-

gen zu diesem Thema ausstrahlen und daß staatliche Stellen die Publikation von wissenschaftlichen Werken, aufklärender Literatur sowie Memoiren fördern, die der Epoche des Terrors gewidmet sind.

Schließlich ist es unverzichtbar, ein zentrales rußländisches Museum zur Geschichte des Staatsterrors zu schaffen, dessen Status und Niveau dem Ausmaß der Tragödie gerecht werden. Das Museum sollte zu einem methodischen und wissenschaftlichen Zentrum für die allgemeine Museumsarbeit zu diesem Thema werden. Die Geschichte des Terrors und des Gulag muß in allen historischen und landeskundlichen Museen Rußlands gezeigt werden, so, wie das beispielsweise bei der anderen großen historischen Tragödie, dem *Großen Vaterländischen Krieg*, der Fall ist.

In Moskau ist ein zentrales Denkmal für die Ermordeten zu errichten – und zwar vom Staat und im Namen des Staates. Ein solches Denkmal verspricht man uns bereits seit 45 Jahren; es ist an der Zeit, das Versprechen einzulösen. Aber das allein genügt nicht: Denkmäler für die Opfer des Terrors muß es im ganzen Lande geben. Leider ist bisher in vielen Städten das Gedenken an die Opfer über Grundsteine, die meist vor über 15 Jahren gelegt wurden, nicht hinausgekommen.

Landesweit müssen Gedenkzeichen und Gedenktafeln die Orte kennzeichnen, die mit der Infrastruktur des Terrors verbunden sind: an erhalten gebliebenen Gebäuden von Untersuchungs- und Transitgefängnissen, Einzelzelltrakten für politische Gefangene, NKVD- und Gulag-Verwaltungen und vielen anderen mehr. Gedenkzeichen, Hinweisschilder und Informationstafeln sind auch an Standorten großer Lagerkomplexe anzubringen, an Betrieben, die mit Häftlingsarbeit geschaffen wurden, sowie auf Straßen, die zu noch vorhandenen Ruinen von Lagern führen.

Benennungen von Straßen und Plätzen, ja sogar von Ortschaften, die auf Staatsfunktionäre zurückgehen, die den Terror organisiert und aktiv daran mitgewirkt haben, müssen beseitigt werden. In Ortsbezeichnungen darf nicht auf ewig der Verbrecher gedacht werden.

Es bedarf eines staatlichen Programms, um Gedenkbücher für die Opfer der politischen Verfolgungen in allen Subjekten der Rußländischen Föderation zu erstellen und herauszugeben. Derzeit geschieht dies nur in einigen Regionen Rußlands. Nach ungefähren Schätzungen enthält die Liste der Namen, die in diesen Büchern aufgeführt sind, bis heute nicht mehr als 20 Prozent der Gesamtzahl der Personen, die politischen Verfolgungen ausgesetzt waren.

Es muß baldmöglichst ein rußländisches oder gar zwischenstaatliches Programm für die Suche nach Bestattungsorten von Opfern des Terrors konzipiert und umgesetzt werden, um dort Gedenkstätten einzurichten. Das ist weniger ein Problem der Bildung und Aufklärung als vielmehr ein moralisches. Auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR befinden sich viele Hunderte Erschießungsgräben und Massengräber, in denen die Hingerichteten heimlich verscharrt wurden, Tausende von Lager- und Sondersiedlungsfriedhöfen, die ganz oder zum Teil zerstört wurden, sowie solche, von denen lediglich einige wenige Spuren geblieben sind. Von Tausenden von Friedhöfen gibt es nicht einmal mehr das.

All dies würde das Gedenken an eine der größten Katastrophen des 20. Jahrhunderts fördern und dazu dienen, eine stabile Immunität gegen totalitäre Stereotype zu entwickeln.

Das Gesagte bezieht sich in erster Linie auf Rußland, den Rechtsnachfolger der UdSSR, auf die größte der ehemaligen Sowjetrepubliken; das Land, in dessen Hauptstadt sich das Zentrum für die Planung der Terrorkampagnen befand, von wo diese ihren Anfang nahmen und von wo aus die Mechanismen des Terrors geleitet wurden; das Land, dessen Territorium den Hauptteil des Gulag-Imperiums beherbergte.

Allerdings ist sehr vieles von dem, was getan werden muß, im gesamten Raum der ehemaligen UdSSR zu tun, am besten in gemeinsamen Anstrengungen unserer Länder. Die Geschichte des Terrors wird in den heutigen postsowjetischen Staaten unterschiedlich interpretiert und behandelt. Das ist natürlich. Aber es ist von grundsätzlicher Bedeutung, daß aus diesen Unterschieden ein Dialog entsteht. Ein Dialog der nationalen Erinnerungen ist ein wichtiger und notwendiger Teil der Klärung der historischen Wahrheit. Schlecht ist nur, wenn er in wechselseitige Vorwürfe ausartet, in Versuche, die historische (und folglich die zivile) Verantwortung von sich auf den „anderen“ abzuwälzen. Leider wird gerade die Geschichte des sowjetischen Terrors sehr häufig zu einem Instrument aktueller zwischenstaatlicher politischer Abrechnungen. Eine ehrliche gemeinsame Arbeit an der gemeinsamen Vergangenheit wird ersetzt durch eine Auflistung gegenseitiger Kränkungen, durch Abrechnungen und Vorbehalte.

Deshalb muß ein umfassendes Programm, das sich der tragischen Erfahrung der Vergangenheit widmet, am ehesten ein internationales und zwischenstaatliches sein. Das betrifft sowohl die historischen Forschungen als auch die Herausgabe von Gedenkbüchern und die Errichtung von Gedenkstätten an Bestattungsorten, und vieles andere mehr – vielleicht auch das Verfassen von Lehrbüchern. Die Erinnerung an den Terror ist unseren Völkern gemeinsam. Sie trennt uns nicht, sondern verbindet uns, auch deshalb, weil es nicht nur die Erinnerung an Verbrechen ist, sondern auch die an gemeinsamen Widerstand gegen die Maschinerie der Morde, die Erinnerung an internationale Solidarität und gegenseitige menschliche Hilfe.

Natürlich entsteht die Erinnerung an die Vergangenheit nicht mit Hilfe von Erlassen und Regierungsbeschlüssen. Historisches Gedenken kann sich nur in breiten öffentlichen Diskussionen entwickeln. Je weiter die Zeit fortschreitet, desto deutlicher wird es, daß eine solche Diskussion dringend erforderlich ist.

Die Aufarbeitung des *Großen Terrors* und darüber hinaus der gesamten Erfahrung der sowjetischen Geschichte ist nicht nur für Rußland und nicht nur für die Länder notwendig, die zur UdSSR oder zum „sozialistischen Lager“ gehörten. Dieser Diskussion bedürfen alle Länder und Völker, die gesamte Menschheit, denn die Ereignisse des *Großen Terrors* fanden ihren Niederschlag nicht nur in der sowjetischen, sondern in der Weltgeschichte. Gulag, Kolyma, 1937 – das sind ebensolche Symbole des 20. Jahrhunderts wie Auschwitz und Hiroshima. Sie gehen über die Grenzen des historischen Schicksals der UdSSR oder Rußlands hinaus und werden zu einem Zeugnis für die Brüchigkeit und Labilität der menschlichen Zivilisation, für die Relativität der Errungenschaften des Fortschritts, zu einer Warnung vor der Möglichkeit künftiger katastrophaler Rückfälle in die Barbarei. Deshalb muß die Diskussion über den *Gro-*

ßen Terror ebenfalls über den nationalen Rahmen hinausgehen, ebenso wie bei einigen der oben genannten Katastrophen für die Menschheit muß sie zum Gegenstand einer Reflexion der gesamten Menschheit werden. Aber den Anstoß für diese Diskussion muß natürlich das öffentliche Denken in jenen Ländern geben, die Teile der UdSSR waren, in erster Linie in Rußland.

Leider ist gerade in Rußland die Bereitschaft der Gesellschaft, die Wahrheit über ihre Geschichte zu erfahren und zu akzeptieren, die Ende der 1980er Jahre ziemlich groß schien, in den 1990er Jahren Gleichgültigkeit, Apathie und dem Unwillen gewichen, „in der Vergangenheit zu graben“. Es gibt auch Kräfte, die direkt daran interessiert sind, daß es zu diesem Thema keine Diskussionen mehr gibt. Im öffentlichen Bewußtsein und in der staatlichen Politik verstärken sich Tendenzen, die einem freien und offenen Gespräch über unsere jüngste Geschichte alles andere als förderlich sind. Diese Tendenzen fanden Ausdruck in der offiziellen, wenn auch nicht immer deutlich formulierten Konzeption der vaterländischen Geschichte ausschließlich im Sinne „unserer ruhmreichen Vergangenheit“.

Es heißt, daß eine Fortschreibung der Erinnerung an Verbrechen, die der Staat in der Vergangenheit beging, der nationalen Konsolidierung im Wege stehe (oder, um es in der Sprache der totalitären Epoche auszudrücken, „die moralisch-politische Einheit des sowjetischen Volkes untergräbt“).

Es heißt, diese Erinnerung schade dem Prozeß der nationalen Wiedergeburt.

Es heißt, daß wir in erster Linie der heroischen Errungenschaften und Heldentaten des Volkes im Namen der großen und ewigen Staatsmacht gedenken sollen.

Es heißt, daß das Volk diese Erinnerung nicht will, sondern sie ablehnt.

Und in der Tat, einem bedeutenden Teil unserer Mitbürger fällt es leichter, angenehme, beruhigende Mythen zu akzeptieren, als nüchtern ihre tragische Geschichte zu betrachten und sie im Namen des Künftigen aufzuarbeiten. Wir verstehen, warum das so ist: Eine ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit legt eine immense und ungewohnte Last historischer und ziviler Verantwortung auf die Schultern der heute lebenden Generationen. Aber wir sind überzeugt: Wenn wir diese tatsächlich sehr schwere Last der Verantwortung für die Vergangenheit nicht auf uns nehmen, wird es keinerlei nationale Konsolidierung und keinerlei Wiedergeburt für uns geben.

Am Vorabend eines der furchtbarsten Jahrestage unserer gemeinsamen Geschichte ruft *Memorial* alle, denen die Zukunft unseres Landes und unserer Völker teuer ist, dazu auf, sich intensiv mit der Vergangenheit zu befassen und sich zu bemühen, Lehren daraus zu ziehen.

Moskau, im April 2007

Aus dem Russischen von Vera Ammer, Euskirchen
</www.memo.ru/history/y1937/y1937.htm>